

BESCHLUSS DER BDKJ DIÖZESANVERSAMMLUNG II/92 IN WINDBERG

Mit Entsetzen erfahren wir in diesen Wochen in unserem Land die Eskalation der Gewalt gegen Fremde. Rechtsradikale Gruppen und Sympathisanten verüben Anschläge auf Unterkünfte von AsylbewerberInnen und Flüchtlinge. BürgerInnen schauen zu und spenden Beifall. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger werden auf offener Straße diskriminiert und mißhandelt. Unsicherheit und Angst breiten sich aus und bereiten den Nährboden für neue Gewalt.

Wir sind nicht bereit, dieser schlimmen Entwicklung tatenlos zuzusehen und zu schweigen, denn dieses Vorgehen stellt einen Anschlag auf unsere demokratische Grundordnung und unsere rechtsstaatlichen Prinzipien dar. Deshalb fordern wir:

Nur ein deutliches Bekenntnis zur Menschenrechtskonvention und zum Recht auf Asyl kann der allgemeinen Verunsicherung Einhalt gebieten. Eine Änderung der Artikel 16 und 19 des Grundgesetzes löst die Probleme nicht, denn sie hebt nicht die Ursachen für Flucht und Vertreibung auf. Auch die Errichtung neuer Grenzen und die Anwendung staatlicher Gewalt kann die Probleme nicht lösen. Nur eine weltweite Absage an jegliche Formen von Unterdrückung und Gewalt und eine solidarische Anstrengung zur Beseitigung von Elend, Armut und Hunger in einer neuen Weltwirtschaftsordnung kann wirklich Abhilfe schaffen.

Wir fordern alle PolitikerInnen auf, die ständige Diskussion um "Scheinasylanten", "Asylantenschwemme" und ähnliche menschenverachtende Äußerungen zu beenden. Stattdessen muß ein verständnisvolles Klima für Flüchtlinge und Fremde geschaffen werden.

Gewalt hat soziale Ursachen, z.B. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Perspektivlosigkeit für das eigene Leben, aber diese rechtfertigen in keiner Weise die Gewalt gegen AusländerInnen.

Insbesondere in den neuen Bundesländern zeigt sich das Versagen von PolitikerInnen, die häufig mit der Asyldiskussion von ihren eigenen Fehlern in der Jugend- und Sozialpolitik ablenken.

Die Behauptung, ausländerfeindliche Tendenzen seien vorwiegend ein Problem der Jugend, ist so nicht haltbar; vielmehr äußert sich Fremdenfeindlichkeit bei allen Altersgruppen und Bevölkerungsschichten.

Wir fordern alle auf, Gewalt, Unterdrückung und jegliche Diskussion zu verhindern; sich schützend vor die Bedrohten zu stellen und solidarisch mit allen Verfolgten und Unterdrückten zu sein. Die Würde des Menschen ist unantastbar. (Art. 1 Grundgesetz)

Als Zeichen der Ablehnung von Gewalt gegen AusländerInnen unterstützen wir den Schweigemarsch von Pax Christi am 3. Oktober 1992 in Regensburg.

Windberg, den 27.09.1992

Dieser Antrag wurde mit 6 Enthaltungen angenommen!

Disk.: DV-Antrag3